

Veranstaltungen in Kiel und Hamburg:

Rot-Rot-Grün am Polarkreis

Linke Politik in Norwegen – Vorbild für die Linke in Deutschland?

Von Per Losch

März 2011

Auf Einladung der beiden nördlichsten Landesstiftungen der RLS gab es Ende März 2011 Besuch aus Norwegen: Gesandte der “Sosialistisk Venstreparti” (SV) und der Partei “Rødt”.

Die Sozialistische Linkspartei (SV) ist seit Herbst 2009 zum 2. Mal und in Folge Teil der wiedergewählten rotgrünen(1) Regierungskoalition Norwegens, zusammen mit der gewichtigen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (AP) und der Zentrumspartei (SP). Letztgenannte war ursprünglich eine Bauernpartei, hat sich in den 90er-Jahren allmählich nach links entwickelt und steht heute in einzelnen Punkten links von der AP.

Die Partei Rot (Rødt) spielt in der Choreografie zwischen sozialen Bewegungen und linken parlamentarischen Kräften eine wichtige Rolle. Von der SV war Åsmund Strand Johansen gekommen, von Rødt Helle Hagenau und Mirjam Folkvord. Mit diesen GenossInnen gab es zwei öffentliche Veranstaltungen, am 23. März in Kiel (Pumpe) und am 24. März in Hamburg (Werkstatt 3). Diesen folgte jeweils ein persönlicher politischer Austausch beim abendlichen Essen in den Gaststätten dieser Häuser.

Info-Kasten Norwegen 1

Zusammensetzung des Parlaments (Storting) in Norwegen			
(Wahl vom 14. September 2009)			
Rotgrüne Regierungskoalition			86 Sitze:
Arbeiderpartiet (AP)	sozialdemokratisch	35,4 %	64
Sosialistisk Venstreparti (SV)	sozialistisch	6,2 %	11
Senterpartiet (SP)	linksliberal	6,2 %	11
Opposition			83 Sitze:
Fremskrittspartiet (FrP)	populistisch rechts	22,6 %	41
Høyre	konservativ	17,2 %	30
Kristelig Folkeparti	christlich	5,9 %	10
Venstre	liberal	1,2 %	2

Beide Veranstaltungen waren sehr schwach besucht. Mit dem inhaltlichen Ertrag aus diesen Veranstaltungen, die von den norwegischen GenossInnen fast komplett auf Deutsch bestritten wurden, verhielt es sich entgegengesetzt. Es gab einen außerordentlichen Wissenszuwachs über die politischen Verhältnisse in Norwegen. Dieser betraf insbesondere das Agieren der beiden eingeladenen Parteien, die auf unterschiedliche Weise zur Ausformung von Rotgrün in Norwegen beitragen, wobei sie natürlich weiterreichende Ziele anstreben. Sofern es gelingt, Transfermöglichkeiten von Strategie und Methode dieser Parteien zu erschließen und zu

nutzen, so der Eindruck des Autors, könnte dies für die aktuelle Ausformung linker Politik in Deutschland einen echten Gewinn darstellen.

Mit einem kurzen Vortrag, begleitet von einer Lichtbildpräsentation, wurden die beiden Veranstaltungen eröffnet. Dabei ging es um allgemeine Informationen zu Norwegen und den linken Kräften in diesem Land. Es folgte je ein einleitender Beitrag von der SV und von der Partei Rødt. Anhand der Ausführungen, Antworten und Diskussionsbeiträge der norwegischen GenossInnen sollen auch jene Punkte herausgeschält werden, die einen Transfer möglich erscheinen lassen. Letztere sind an den jeweiligen Stellen mit einem Sternchen "*" eingeleitet, und dann kurz beschrieben, ggf. erläutert.

Sozialistische Linkspartei (SV)

Åsmund (SV) merkte vorweg an, dass es in Norwegen, im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, keine große Partei gibt, die sich Die Grünen nennt; weder im Nationalparlament (Storting) noch außerhalb als überregional vertretene Kraft. Die einzige Partei außerhalb dieses Parlaments, die wirklich landesweit vertreten ist, sei die Partei Rødt. Die SV versteht sich selbst als die grüne Partei Norwegens. Seine Einleitung begann wie folgt:

"Die rotgrüne Regierungserklärung der norwegischen Regierung ist die radikalste Regierungserklärung Europas. Aber nach sechs Jahren erleben die Menschen in Norwegen kein sozialistisches Paradies. Bei der letzten Parlamentswahl vor zwei Jahren erhielt die SV 6,3 Prozent. Das genügt nicht für eine Revolution. Die Regierung hat jedoch etwas erreicht, was von vielen für unmöglich gehalten wurde, sie wurde 2009 wiedergewählt. (...) Die Regierungsverhandlungen der drei rotgrünen Parteien von 2005 dauerten drei Wochen und waren sehr schwierig. Die WählerInnen hatten der AP mehr als doppelt so viele Stimmen gegeben wie den beiden kleineren Parteien (SV und SP) zusammen, 32,7% gegenüber 15,3%, und die AP hatte daher eine starke Verhandlungsposition. Die Resultate(2) der Verhandlungen waren überraschend. (...) Die Regierungsplattform ist in vieler Hinsicht definitiv links vom Wahlprogramm der AP. Das trifft sowohl auf die internationale Politik als auch auf die Wirtschafts-, Regional- und Sozialpolitik zu."

Die wichtigsten Resultate dieser Verhandlungen, von Åsmund benannt, hier in Stichworten:

- Verpflichtung, mit der Deregulierung der öffentlichen Dienstleistungen im Staatssektor aufzuhören
- Versprechen, für dieses Ziel auch in Bezug auf Entwicklungsländer innerhalb internationaler Institutionen wie der Weltbank und der Vereinten Nationen zu arbeiten
- Beendigung der Teilnahme an der Operation "Enduring Freedom" in Afghanistan
- Rückzug der norwegischen Staboffiziere und des Trainingspersonals aus Irak
- Ein klares UNO-Mandat als Voraussetzung für eine Teilnahme an internationalen Militäroperationen (Die AP wolle hier größeren Handlungsspielraum haben, den ihr die SV nicht zugestand)

Und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu kommentierte den außenpolitischen Teil dieser Regierungserklärung mit folgenden Worten: "Fantastic. This proves that these things can still happen. Great afford. God bless you."

Wie es 2005 zu diesen überraschend linken Resultaten kam, ist sehr aufschlussreich. Ich werde dies weiter unten noch ausführlich beschreiben, weil es Transfermöglichkeiten bietet.

Allerdings musste die SV bei den rotgrünen Verhandlungen im Vorfeld dieser Wahl, für den Fall eines rotgrünen Wahlsieges, auf ihren Standpunkt der Ablehnung einer fortgesetzten Mitgliedschaft Norwegens in der NATO verzichten, ebenso wie sie gemeinsam mit der SP das Abkommen über den europäischen Wirtschaftsraum akzeptieren musste. Die AP musste dafür akzeptieren, dass kein Antrag auf norwegische Mitgliedschaft in der EU gestellt werden würde. Alle drei rotgrünen Parteien versprachen, dass sie die Steuern auf dem Niveau von 2004 belassen würden. – Die Abklärung dieser Punkte, so Åsmund, “war wichtig um eine glaubhafte Alternative zu der politischen Rechten darzustellen. Wir zeigten, dass wir bereit waren Kompromisse einzugehen auch wenn es um Kernpunkte in unserer Politik ging.”

In der Regierung gelang es der SV mit ihrer Finanzministerin, trotz der Belassung der Steuern auf dem Niveau von 2004, durch Umverteilung zu erreichen, dass der Unterschied zwischen Arm und Reich, der bis 2006 gewachsen war, sich in Norwegen nun verkleinert. Mit dem Umweltminister der SV gelang es, den zuvor vorhandenen ständigen Anstieg des CO₂-Ausstoßes umzukehren. Am 1. Januar 2009 trat das neue – geschlechtsneutrale – Ehegesetz in Kraft, das in Norwegen, als sechstes Land der Welt, gleichgeschlechtliche Ehen gestattet. Die rotgrüne Regierung hat die Schwächung gewerkschaftlicher Rechte und des Arbeitsschutzgesetzes, die von der Zentrum-Rechtsregierung (2001-2005) umgesetzt worden war, wieder rückgängig gemacht.

Ein weiterer Punkt in der Einleitung von Åsmund war die Wertschätzung, die die SV den außerparlamentarischen Bewegungen(3) entgegenbringt: "Diese Bewegungen waren für uns eine wichtige Unterstützung um die Wahlen im Jahr 2005 zu gewinnen. Wenn wir diese Unterstützung nicht auch 2009 erhalten hätten, wäre es nicht möglich gewesen die Wahlen erneut zu gewinnen. (...) Man muss sich aber diese Unterstützung verdienen."

Ein zentraler Punkt bei der SV, sich diese Unterstützung zu verdienen: Jedes Jahr werden die Organisationen dieser Bewegungen von der SV eingeladen und aufgefordert zu erzählen, was ihnen am wichtigsten ist. So sollen sie mit ihren Ideen zum Haushaltsplan beitragen, was inzwischen eine feste Einrichtung unter dem Namen "Gib der Sozialistischen Linkspartei Bescheid!" geworden ist.

* Diese Methode, vor Erstellung der jährlichen Haushaltspläne die Organisationen der außerparlamentarischen Bewegungen einzuladen und um Vorschläge zu bitten, ist ganz offenkundig sehr sinnvoll.

Als Erfolg der SV und der Umweltbewegung wertete Åsmund, dass die Regierung jüngst entschieden hat, die Ölbohrungen in einigen der wichtigsten Naturgebiete Nord-Norwegens (Lofoten und Vesterålen) zu beenden, auch wenn gleichzeitig andere Gebiete für Ölbohrungen in der Barentssee freigegeben wurden:

“Die SV und die Umweltbewegung haben seit Jahren gegen Ölbohrungen in diesem Gebiet gekämpft. Ihre Gegner waren die Öl-Lobby und die zentralen Gewerkschaften. Die Öl-Lobby hat starken Druck ausgeübt und viel Geld aufgewendet, um diese Naturgebiete für Ölbohrungen zu öffnen. (...) Sowohl die Mehrheit in der AP als auch eine große Mehrheit im Parlament wollten Ölbohrungen - am besten schon morgen. Wie ihr versteht war dies ein Sieg für die SV, aber auch ein Kompromiss. Die Regierung öffnete gleichzeitig andere Gebiete für Ölbohrungen um auch die anderen Gruppen zufrieden zu stellen. Die SV wurde aber als Sieger gefeiert. Dieses Beispiel zeigt, wie die Zusammenarbeit am besten funktionieren kann.”

Dazu merkte Åsmund noch an, dass die SV früher jedes Mal, wenn sie etwas erreicht hatte, sagte, dass es nicht gut genug sei. Inzwischen hat die SV, vor dem Hintergrund ihrer geringeren Wahlergebnisse, ihre “Strategie ein bisschen geändert. Wenn wir einen halben Sieg errungen haben, wie in Lofoten und Vesterålen, sagen wir jetzt, dass es gut gewesen ist und ein Sieg, weil wir nächstes Mal mehr machen bzw. noch mehr erreichen können.”

Gegen Ende seines Vortrags erinnerte Åsmund, der in Oslo seine Bachelorarbeit zum Verhältnis der SPD zu der Partei Die Linke geschrieben hat, an die Vorwürfe, die seinerzeit vom SPD-Fraktionschef Peter Struck gegen die Linkspartei erhoben worden waren: "Die Linkspartei macht den Staat und seine Bürger arm", zitierte er den "Tagesspiegel"(4). "Die SV in Norwegen kennt diese Art von Kritik wieder." Zunächst "ist die SV immer mit Vorschlägen gekommen, die zu höheren Kosten geführt hätten, als die Vorschläge der anderen Parteien (...). Seit 1997 vertreten wir dagegen eine geänderte ökonomische Politik. Ziel der SV wurde einen Haushalt der sozialen Gerechtigkeit zu erreichen, ohne mehr Geld zu verwenden als die amtierende Regierung. Durch Umverteilung des Geldes im Rahmen einer ökonomisch verantwortungsvollen Politik zeigte die SV, dass sie verantwortungsbewusst mit dem Haushaltsgeld umgehen konnte, ohne Gesellschaftskritik und die Systemkritik zu verwerfen. Ich glaube auch, dass wir durch diese Politik Vertrauen bei den Sozialdemokraten aufgebaut haben."

* Möglicherweise bietet sich bei Konstellationen wie der hier beschriebenen ebenfalls eine Transfermöglichkeit: Im Rahmen des vorhergehenden Haushaltsvolumens Geld umzuverteilen, an Stelle einer Erhöhung dieses Volumens.

“Die SV ist eine sozialistische Partei, die links von der Arbeiterpartei steht. Unser Feind ist aber nicht die Arbeiterpartei. Unser Feind ist die politische Rechte. Wir werden unsere Ziele besser in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten erreichen als wenn wir allein stehen. Die Sozialdemokraten, ich glaube es ist in den meisten europäischen Ländern so, sind immer bereit mit der politischen Rechten zu arbeiten. Linke Politik gewinnt nur, wenn wir eine gemeinsame Front gegen die politische Rechte bauen.”

Info-Kasten Norwegen 2

Sozialistische Linkspartei (SV) www.sv.no			Partei Rot (Rødt) www.roedt.no	
Gegründet 1975 von ausgetretenen AP-Mitgliedern, EU-GegnerInnen, KommunistInnen und parteilosen SozialistInnen			Gegründet 2007 durch Zusammenschluss der Roten Wahlallianz (RV) und der KP der ArbeiterInnen (AKP); Anschluss von Internationale Sozialisten (IS) 6 Monate später	
Mitglieder: ca. 9.500 <- (bei 4,8 Mio. EinwohnerInnen) ->			Mitglieder: ca. 2.000	
Stellt 4 MinisterInnen in der aktuellen Regierungskoalition			Ist derzeit in 66 Kommunal- bzw. Stadtparlamenten vertreten	
Wahl	Jahr	SV	Rødt (*)	Besonderheit
Stortingswahl	2009	6,2 %	1,3 %	Die Partei Rødt ist Mitherausgeberin der sehr erfolgreichen linken Tageszeitung Klassekampen (Der Klassenkampf). "KK" steht deutlich links von der "taz", bei gut 4-mal so hoher Auflage je Million EinwohnerInnen
Kommunalwahlen	2007	6,2 %	1,9 %	
Stortingswahl	2005	8,8 %	1,2 %	
Kommunalwahlen	2003	12,4 %	1,6 %	
Stortingswahl	2001	12,5 %	1,2 %	
Kommunalwahlen	1999	7,8 %	2,0 %	
Stortingswahl	1997	6,0 %	2,0 %	

(*) vor 2007 als Rote Wahlallianz (RV)

Die Partei Rot (Rødt)

hatte von 1993-1997 als RV einen Abgeordneten im Storting, ist heute in 66 Kommunal- bzw. Stadtparlamenten vertreten und stellt in Risør den Bürgermeister. Sie spielt in den außerparlamentarischen Bewegungen und bei der Geltendmachung von deren Anliegen in den Parlamenten eine wichtige Rolle. Dies, obgleich sie derzeit bei Wahlen lediglich bei stabilen 1,3 Prozent im Landesdurchschnitt liegt. Mirjam (Rødt) erläuterte dies so:

"Was wesentlich bei Rødt ist, mit ihren 2000 Mitgliedern, und warum Rødt als eine Art Machtfaktor in Norwegen gelten kann, ist, dass die meisten Mitglieder auch in sozialen Bewegungen wie Gewerkschaften und Umweltbewegung sehr aktiv sind und dort eine große Menge an Vorsitzenden und leitenden Personen stellt. Man kann sagen, dass Rødt einen größeren indirekten Einfluss auf norwegische Politik ausübt als direkt als Partei. Z.B. die Umweltbewegung auf Lofoten und Vesterålen, von der vorhin gesprochen wurde, gäbe es ohne Rødt so nicht."

Mirjam, die bereits für Rødt im Trondheimer Stadtparlament gesessen hat, brachte ein anschauliches Beispiel für diese Art des Einflusses: "Trondheim, wo ich herkomme, ist die drittgrößte Stadt Norwegens. Dort hat Rødt etwa 3-4 Prozent und drei VertreterInnen im Stadtparlament, und seit 2002 gibt es dort eine rotgrüne Stadtregierung, die als radikal gilt. Auch die lokale AP gilt landesweit als radikal und erhielt bei der letzten Wahl, haltet euch fest, 43 Prozent, wobei sie der SV viele Stimmen weggenommen hat, was auch ein Problem geworden ist. Aber in Trondheim gehören viele von der LO (Dachverband der norwegischen Gewerkschaften) und den Vorständen der Einzelgewerkschaften politisch zu Rødt, sind also meilenweit links von der AP, und da wurde überlegt, wie diese Stadtregierung weiter zu radikalisieren sei. GenossInnen von Rødt gingen in alle Betriebe und die dortigen Gewerkschaftsclubs und fragten die KollegInnen an jedem Arbeitsplatz: Was wollt ihr, was braucht ihr, was verlangt ihr von eurer rotgrünen Stadtregierung? Diese Befragung dauerte ein Jahr und führte zu einem Katalog von 50 konkreten Punkten, der allen Parteien vor der Kommunalwahl von der LO zur Beantwortung vorgelegt wurde."

Dabei war klar, dass nur jene Parteien Geld (s.u.), Unterstützung und letztlich Stimmen von den Gewerkschaftsmitgliedern erhalten würden, die weitestgehend die Erfüllung dieser Punkte versprechen. "Das Ergebnis war, dass die AP nachgeben musste und daher hat Trondheim die radikalste rotgrüne Stadtregierung Norwegens. Und das gibt halt auch ein Bild davon, wie Rødt ein indirekter politischer Machtfaktor in Norwegen ist."

* Diese Methode der Befragung entfaltet enormen Druck auf die Politik. Vorrangig durch die große Anzahl der Befragten, die selbst hinter ihren Vorschlägen stehen, sowie durch die damit einhergehende Politisierung der Befragten. Sie scheint geeignet für ausgewählte Städte oder Ortsverbände in links dominierten DGB-Regionen, sofern die Kommunalparlamente dort mit ausreichenden Entscheidungskompetenzen ausgestattet sind. Andernfalls käme vermutlich nur die Landesebene von entsprechenden Stadtstaaten in Betracht. In beiden Fällen bräuchte es ausreichend viele linke AktivistInnen.

Eine Partei, die Stimmen aus der großen gesellschaftlichen Gruppe der gewerkschaftlich Organisierten haben möchte (in Norwegen prozentual etwa doppelt so groß wie in Deutschland), kommt in Trondheim um diesen Fragenkatalog nicht herum, und entsprechend würde er von allen Parteien beantwortet werden. Mirjam sagte auch, dass es ja die Vermutung gibt, dass die Bevölkerung in der Regel links von den Regierenden steht, und dies habe sich hier bestätigt.

Als Beispiele für die radikale Politik dieser Stadtregierung benannte sie, dass in Trondheim, wo die Kommune der mit Abstand größte Arbeitgeber ist, keine privaten Büros für die Vermittlung von Zeit- oder Leiharbeit in Anspruch genommen werden, weil diese den

Arbeitsplätzen insgesamt schaden. Stattdessen gibt es einen kommunalen Vikar-Pool. Weiter sei Trondheim die erste Stadt Norwegens mit 100-prozentiger Deckung an Kindergartenplätzen. Und Åsmund ergänzte, dass sowohl die Abfallentsorgung als auch private Altersheime rekommunalisiert worden seien.

"Aber als Partei", so Mirjam," äußert sich das ein bisschen anders: Die Diskussion geht bei uns immer darum, wie viel Verpflichtung dürfen wir eingehen, wie viel Machttausch können wir machen, da gibt es immer prinzipielle Diskussionen. Die vorherrschende Auffassung in der Partei ist jetzt, dass wir uns nicht als Koalitionspartner verpflichten und auch nicht als Stütz-(bzw. Tolerierungs-)Partei. Und das hat natürlich damit zu tun, dass wir klein sind und das, was man für seine Unterstützung politisch als Gegenleistung erhalten kann, sich wahrscheinlich nicht lohnt. Stattdessen verhandelt man einzelne Sachpunkte. Wenn z.B. die Wahl eines Stadtparlamentes ansteht, dann verhandeln die linken Parteien untereinander und auch mit Rødt, und wir sagen, wir unterstützen dieses, dieses und dieses, aber nicht jenes. Es ist halt begrenzt was für Tausche wir machen. Und die Größe von Rødt in Betracht gezogen, ist die Traumposition die des Züngleins an der Waage. Und diese Position kann sich jetzt so bei Wahlen ergeben, und da kann man erfahrungsgemäß ganz, ganz viel hinkriegen." In Bezug auf die Rolle von Rødt als direkter Faktor, beschrieb Mirjam die fast durchgängige Praxis, bei den Haushaltsdebatten mit zwei Arten von Alternativ-Vorschlägen beizutragen: einem Budget-Vorschlag innerhalb des ökonomischen Rahmens und einem grundsätzlicheren.

"Ich sprach von Trondheim, in Oslo ist es dann anders, da haben wir eine rechte Stadtregierung, wo auch die AP und die SV in der Opposition sind. Aber jetzt im Herbst ist Kommunalwahl und da wird dann zwischen uns verhandelt, um eine rotgrüne Alternative aufzustellen. Da haben wir auch gesagt, dass wir nicht als Koalitionspartner antreten, aber wir geben euch unsere Unterstützung unter Bedingungen. Neben den bereits genannten Gründen, spielt auch unsere prinzipielle Haltung dabei eine Rolle, dass es nicht unser Ziel ist dieses parlamentarische System zu verwalten."

Die Offenheit einiger kommunaler Gliederungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (AP), sich auch mit einer radikalen linken Partei zu treffen und zu verhandeln(5), die sich als revolutionär versteht, zählt zu jenen positiven Erscheinungen in Norwegen, für die es in absehbarer Zeit vermutlich keine Transfermöglichkeiten geben wird.

Zur grundsätzlichen Haltung von Rødt zum rot-rot-grünen Projekt, nahmen Mirjam und Helle wie folgt Stellung: "Rotgrün ist viel, viel besser als die Alternative. Es steht hinter vielem, was wir auch unterstützen. Aber was es für Probleme bei den Rotgrünen gibt, was für uns schwierig ist, ist Afghanistan. Norwegen trägt ziemlich stark bei und hat etwa 500 Soldaten dort. Obwohl 50 Prozent der NorwegerInnen gegen eine Beteiligung in Afghanistan sind, ist Rødt die einzige Partei, die diesen Standpunkt teilt und vertritt. Weiter sind wir gegen das Ölbohren, Norwegen muss unserer Meinung nach das Öl jetzt liegen lassen und sich nach anderen Lösungen umsehen. Auch gibt es das Problem der Rentenreform, wo die persönliche Vorsorge verstärkt wurde und damit eine liberalistische Richtung eingeschlagen wurde." Ergänzt wurde noch, dass es eine zweideutige Positionierung zu einer EU-Direktive gebe, die man nicht akzeptieren und auch daher keine bedingungslose Unterstützung zusagen könne. "Das waren kurz die wichtigsten Problempunkte", so Mirjam.

Der Weg zu Rotgrün

Wie kam es nun zu den überraschend linken Resultaten der Regierungsverhandlungen zwischen AP, SV und SP im Jahre 2005?

Es handelte sich nicht etwa um mangelndes Verhandlungsgeschick der AP, die sich unter Wert verkauft hätte. Vielmehr wurden folgende Faktoren von den norwegischen GenossInnen auf den Veranstaltungen benannt, die zusammengenommen das Zustandekommen dieser Resultate erklären können:

- Bei den Wahlen von 2001 hatte die AP große Verluste erlitten, nachdem sie ein Jahr zuvor als Minderheitsregierung unter dem heutigen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg eine Privatisierungswelle staatlicher Konzerne wie Statoil und Telenor eingeleitet hatte. Die SV erlangte in jenem Wahljahr mit 12,5 % ihr bislang bestes Ergebnis.
- Anlässlich dieser Privatisierungswelle kritisierten die norwegischen Gewerkschaften die AP und luden die Vorsitzende der SV ein halbes Jahr vor den regulären Parlamentswahlen vom September 2001 zum ersten Mal als Gast zum zentralen Gewerkschaftskongress ein. Die LO und viele Einzelgewerkschaften erklärten zum ersten Mal öffentlich, dass auch die SV die Interessen der WählerInnen vertreten würde.

- Die Gewerkschaften in Norwegen gehen dabei aber einen Schritt weiter als der DGB mit seinen Wahlprüfsteinen: Nachdem die AP öffentlich erklärt hatte, dass sie 2005 bereit sei, zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Koalitionsregierung mit der SV und der SP einzugehen, begann die LO bereits im Herbst 2004 einen so genannten "langen Wahlkampf" mit dem Ziel, bei den Wahlen 2005 eine linke Mehrheitsregierung zu erreichen. Und sie gibt jenen Parteien, denen sie die Vertretung der Interessen der abhängig Beschäftigten attestiert erhebliche Geldspenden als Wahlkampfunterstützung. Auf dem erwähnten LO-Kongress wurde entschieden, der SV einen Teil des Geldes zu geben, das ursprünglich nur als Unterstützung für den Wahlkampf der AP eingeplant war. Das Wahlkampfbudget der SV wurde somit um 25% erhöht.

* Lassen sich Gewerkschaften in Deutschland überzeugen, dass im Vorfeld von Wahlen mehr für die Interessen der Mitglieder getan werden sollte als Wahlprüfsteine aufzustellen? Möglicher Einstieg: Veranstaltung der RLS mit ausgewählten VertreterInnen des DGB und der norwegischen LO: "Wahlprüfsteine vs. aktive Parteinahme für die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder im Vorfeld von Wahlen".

- Wie bereits erwähnt, sind Mitglieder der Partei Rødt auch in Vorständen und leitenden Positionen der norwegischen Gewerkschaften vertreten. Sie kandidieren nicht als Rødt-Mitglieder, vertreten jedoch als Individuen die entsprechenden Programmpunkte und Forderungen von Rødt und sind auf Basis ihres konsequenten persönlichen Einsatzes für diese Forderungen gewählt worden, so Mirjam. Die AP konsultiert die Gewerkschaften, hat ihnen einen "Sitz" in der Regierung gegeben, wie Åsmund dies formulierte, um deren Interessen und Sichtweisen zu berücksichtigen. So kommt es, vor allem auf kommunaler Ebene, nicht selten zu Konstellationen, wo Rødt-Mitglieder regierenden AP-Mitgliedern die Anliegen der Gewerkschaften vortragen bzw. mit ihnen verhandeln. Dabei würde die Kommunikation dadurch begünstigt werden, dass die Art und Weise, wie gewerkschaftliche FunktionsträgerInnen von Rødt Problemstellungen betrachten und kommunizieren, oft jener der AP näher stehe(6) als dies beim Stil der SV der Fall sei, die in der Regierung eine gute Zusammenarbeit mit der AP pflegt. Auch diese Konstellation, die auf der Verankerung von gewissen Forderungen und Persönlichkeiten von Rødt in den Gewerkschaften beruht, wird Einfluss auf das Zustandekommen linker Resultate in der Regierungserklärung gehabt haben.

* Können linke Gewerkschaftsmitglieder aus unterschiedlichen Zusammenschlüssen und Parteien kooperieren, um die deutschen Gewerkschaften in Richtung konsequent agierender Interessenvertretungen umzugestalten? Können sie perspektivisch einen ähnlich starken Druck auf die Politik entfalten, wie in Norwegen? – Mit Sicherheit wäre die Diskussion und Erarbeitung gemeinsamer Programmpunkte / Forderungen die Voraussetzung. Möglicher

Einstieg: Förderung eines bundesweiten Kongresses linker GewerkschafterInnen durch die RLS; Vorbereitung durch VertreterInnen der verschiedenen linken Kräfte, die in den Gewerkschaften aktiv sind.

Weitere Themen

sind Gegenstand der Veranstaltungen gewesen, so z.B. die Situation der Frauen in Norwegen, die aber jeweils nur kurz angesprochen wurde (Kiel und Hamburg).

* Hier gibt es Transfermöglichkeiten, die aber nicht hinreichend thematisiert wurden.

Die kollektivistische Idee für Gemeinwohl und Gerechtigkeit in der norwegischen Gesellschaft nahm breiteren Raum (in Kiel) ein. Sie hat sich in einem Zeitraum von mehreren Jahrhunderten entwickelt, eine kurz- oder mittelfristige Transfermöglichkeit scheint nicht gegeben. Weiter ging es um die Verwendung staatlichen Reichtums (hier: Ölgewinne Norwegens) und Ländervergleiche in den Bereichen Armutsbekämpfung, Leiharbeit, Renten- und Steuerwesen. Beim Thema Kommunalfinzen wurde der Ländervergleich in Kiel um Dänemark erweitert, da Flemming Meyer, Vorsitzender des SSW (Partei der dänischen Minderheit in Südschleswig) teilnahm. Jedoch reichte die Zeit auf den Veranstaltungen natürlich nicht aus, um diese Fragen tief greifend zu erörtern. Zu jedem dieser Punkte ließe sich leicht ein ganzer zusätzlicher Veranstaltungsabend verwenden. Auch zur populistischen rechten "Fortschrittsparrei" (FrP) gab es Fragen. Weil die Antworten nicht in allen Punkten dem Bild entsprachen, das bei uns über diese Partei vorherrscht, soll auch die Einschätzung der FrP durch die norwegischen GenossInnen hier wiedergegeben werden.

“Fortschrittsparrei” (FrP)

Die Frage nach den Gründen für das Erstarken dieser Partei wurde in Hamburg gestellt. Mirjam hatte bereits vor dieser Frage in ihrer Einleitung gesagt, dass es für viele in Norwegen typisch sei, ökonomisch weit links zu stehen, kulturell jedoch, wenn man dies so sagen dürfe, rechts. Die FrP, die sich inzwischen mit über 20 Prozent Stimmenanteil der AP annähert, gelte in Norwegen als die neue Arbeiterparrei, was natürlich paradox sei. Åsmund berichtete, dass die FrP der AP viele Wähler, v.a. Männer mit geringerer Bildung, abgenommen habe. Mirjam führte weiter aus, dass die AP sogar als “königliche norwegische Arbeiterparrei” bezeichnet werde, also in Norwegen fast eine Staatsinstitution sei. Sie habe das Land nach 1945 quasi wieder aufgebaut, “und in Norwegen sagen wir immer, wir sind alle Sozialdemokraten. Stimmt. Und es wird gemeint, dass die AP dabei ist, diese Identität zu verlieren. Sie generiert mehr und mehr Wähler wie Åsmund sie beschrieb, die eine Politikerverachtung haben, weil man so deutlich diese Adelschaft sieht, die - wie die AP - nicht mehr das ist, was sie mal war. Und das hat die FrP natürlich längst verstanden und sie schlagen die „richtigen“ Seiten an. Sie kommunizieren zwei Dinge: niedrigere Steuern / Abgaben und Furcht vor Einwanderern. Sie sind für eine Begrenzung der Immigration. In einer Umfrage neulich, haben ungefähr 30 Prozent der Norweger auf die Frage, was die größte politische Herausforderung Norwegens ist, geantwortet: die Einwanderung. Dabei sind gerade mal zehn Prozent der in Norwegen lebenden Menschen Einwanderer. (...) Es ist ihnen also gelungen, eine Art Identitätsdiebstahl zu begehen, und das ist *ein* Erklärungsmodell.”

Auf die Zwischenfrage, ob die norwegische FrP vergleichbar mit Haider in Österreich oder den Rechtspopulisten in den Niederlanden, Dänemark oder Ungarn sei, antwortete Åsmund: “Nein, überhaupt nicht. Es ist schlimm, aber nicht *so* schlimm. Sie sind nicht rechtsradikal oder rechtsextrem (Zustimmung bei Rødt). Früher gab es rechtsextreme Elemente in der FrP, aber sie haben diese Menschen aus der Partei ausgeschlossen. Aber die FrP ist die einzige

Partei im Parlament, die gegen die Ölfondspolitik (7) ist. Und wir sagen auch in Norwegen, dass sie stärker gegen Steuern als die konservative Partei, christlicher als die christliche Partei und sozialer als die Arbeiterpartei ist. Und sie hat immer mehr Geld als alle anderen. Ich glaube, das ist auch ein Grund dafür, dass sie immer mehr Stimmen kriegt. – Aber jetzt, heute und gestern, ist sie durch einen Skandal in große Probleme geraten.“ Und Mirjam ergänzte auf Nachfrage: “Ein früherer Vorsitzender der Jugendorganisation der FrP, der jetzt Bürgermeisterkandidat in Stavanger war, ist wegen Übergriffen gegen Minderjährige verhaftet worden.“ Die Parteivorsitzende und der Vorstand der FrP wussten von diesen Vorfällen seit Jahren, haben diese aber verschwiegen.

Bereits in seiner Einleitung hatte Åsmund die FrP als unberechenbar und populistisch bezeichnet. Es war daher etwas überraschend, dass kurze Zeit später von einem politisch verpflichtenden Übereinkommen zwischen der SV und der FrP in der Phase der oben erwähnten Zentrum-Rechtsregierung die Rede war, in dem die beiden Parteien zusammen für neue und billige Kita-Plätze eintraten. Hintergrund war allerdings, dass die Zentrum-Rechtsregierung nur mit Unterstützung der FrP gebildet werden konnte. Die AP hatte zuvor immer wieder tausende neue und billige Kita-Plätze versprochen, diese Wahlversprechen aber nicht gehalten. So war sie gezwungen den gemeinsamen Vorschlag der SV und der FrP gegen die Zentrum-Rechtsregierung zu unterstützen. Dieser Vorstoß hatte Erfolg, es musste aber akzeptiert werden, dass staatliche Beiträge auch an private Kitas gingen. Bei diesem Schachzug war es wichtiger, dass es mehr neue und billige Kitas gab, und die SV sich ins Zentrum politischen Handelns stellen konnte, als jegliche Zusammenarbeit mit der FrP abzulehnen.

Die Beschreibungen der FrP durch die norwegischen GenossInnen geben Anlass zur Vermutung, dass diese Partei nicht in einem Atemzug mit den anderen erwähnten rechtspopulistischen Kräften in Europa gleichgesetzt werden kann, bzw. dass ein aussagekräftiger Vergleich auch die Unterschiede benötigt.

* Resümee

Transfermöglichkeiten aus dem norwegischen Weg zu Rot-Rot-Grün sind in Form von drei zentralen Handlungsoptionen erkennbar. Werden sie aufgegriffen, könnte in Deutschland mit mehr Handlungsspielräumen und Durchschlagskraft für linke Politik gerechnet werden.

1. Innerhalb der Gewerkschaften braucht es eine Entwicklung, die – getragen von den dort aktiven linken Kräften – die Gewerkschaften reformiert. Die Gewerkschaften sollten dazu befähigt werden, die Interessen ihrer Mitglieder umfassender und konsequenter, auch gegenüber der Politik, zu vertreten. Dazu könnte die RLS Anstöße geben, wie oben beschrieben.
2. Interessenvertretung, sei es durch linke Parteien oder Gewerkschaften, kann nur dann gut funktionieren, wenn die vertretenen Menschen und Bewegungen stärker als bisher und regelmäßig bei wichtigen Planungen und Entscheidungen konkret befragt, einbezogen und um Vorschläge gebeten werden. Dazu gibt es aus Norwegen viel versprechende Beispiele. Hier wäre die Partei Die Linke gefordert, aber auch außerparlamentarische Linke bzw. linke Gewerkschaftsgliederungen.
3. Dabei geht es mit prinzipieller Wertschätzung linker Kräfte untereinander, unter ausdrücklichem Einschluss von gegenseitiger Kritik, sehr viel besser. Auch das haben die beiden Veranstaltungen zu linker Politik in Norwegen gezeigt.

"Ich finde es ausgesprochen bemerkenswert, dass hier Vertreterinnen und Vertreter von zwei unterschiedlichen linken Parteien ins Ausland reisen, locker nebeneinander sitzen und ganz entspannt über gemeinsame Sichtweisen und Unterschiede reden können. Ich kenne linke Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, wo das innerhalb einer eigenen Partei schon schwierig sein kann. Das finde ich sehr positiv und sehr beispielhaft, neben allen anderen Sachen.", so der Moderator auf der Veranstaltung in der Werkstatt 3 in Hamburg.

Fußnoten

(1) In Norwegen wird für die amtierende Regierungskoalition der Begriff „Rotgrün“ statt des Begriffs „Rot-Rot-Grün“ verwendet. Es steht also nicht für jede der drei Regierungsparteien eine Farbe. Der Grund dafür erschließt sich beim Weiterlesen.

(2) Die vollständige Regierungserklärung von 2005 (in Englisch) kann unter der Adresse <http://arkiv.sv.no/partiet/english/dbaFile127882.pdf> runtergeladen werden, jene von 2009 (ebenfalls in Englisch) unter <http://www.senterpartiet.no/getfile.php/Dokument/sm2-a4-web-english.pdf>

(3) Zu den wichtigsten aktuellen außerparlamentarischen Bewegungen werden in Norwegen neben der Umweltbewegung, der Friedensbewegung und ATTAC auch die Gewerkschaften gezählt.

(4) www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/spd-linke-kann-nicht-rechnen/1019360.html (lokalisiert am 23.03.2010 auf der HP des Tagesspiegel)

(5) Rund 50.000 NorwegerInnen sind während des Kalten Krieges bis 1990 vom norwegischen Inlandsgeheimdienst (damals: POT) registriert und überwacht worden. Dabei lag der Fokus auf der NKP, SF (Vorgängerin der SV), AKP und SV samt einer Unmenge weiterer Organisationen, die in Verdacht standen, diesen Parteien Nahe zu stehen. Auch entbehrten weite Teile dieser Überwachungsmaßnahmen einer gesetzlichen Grundlage. Dies hatte der Bericht der "Lund-Kommission" enthüllt und kritisiert, der 1996 dem Storting vorgelegt worden ist. In diesem Bericht wird auch die enge Zusammenarbeit zwischen dem POT und der AP kritisiert. In den Folgejahren gab es einen großen "Aufwasch", mehrere Tausend Menschen erhielten Dank der Kampagne "Ich will meine Akte sehen!" Einsicht in ihre POT-Akte. 379 Menschen, die in Folge einer Registrierung oder Überwachung schwer geschädigt worden sind, erhielten zusammengenommen 11 230 000 norwegische Kronen (ca. 1,6 Mio. Euro) an Entschädigung vom norwegischen Staat. Die norwegischen Medien widmeten der Enthüllung, der Kritik und den betroffenen Menschen dieser Überwachung einen mindestens ebenso großen Raum, wie die deutschen Medien es im Zusammenhang mit der Birthler- bzw. Gauck-Behörde tun.

(6) Die Tradition der AP und die starke Fokussierung von Rødt auf die Interessen der ArbeiterInnen mag dies erklären können, gepaart mit der Gegebenheit, dass die SV bei Wahlen den größten Zuspruch unter hoch qualifizierten Frauen (der Altersgruppe 29 - 35 Jahre) genießt – und nicht in signifikantem Maße bei geringer qualifizierten ArbeiterInnen.

(7) Die Gewinne aus dem norwegischen Erdöl fließen zu wenigstens 96 Prozent zugunsten kommender Generationen in einen staatlichen Pensionsfonds (Ölfonds). Rund 200 Milliarden Euro hat der norwegische Staat für seine 4,8 Mio. EinwohnerInnen bereits so angelegt. Die restlichen maximal 4 Prozent werden jeweils im Rahmen des Staatshaushaltes ausgegeben.

Sinkt die Arbeitslosigkeit, wie z.B. jetzt, wo sie bei 3 Prozent liegt, wird weniger ausgegeben. Alle Parteien im Storting, mit Ausnahme der FrP, haben sich auf diese Ölfonds-Politik geeinigt.

